

Showdown in Honduras

Der gestürzte Präsident Zelaya plant eine Rückkehr mit prominenter Eskorte – die Putschisten wollen ihn verhaften

Von Sebastian Schoepp

München – Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat den Putschisten in Honduras in der Nacht zu Mittwoch ein Ultimatum gesetzt. Binnen 72 Stunden müsse der gestürzte Präsident Manuel Zelaya wieder im Amt sein, sonst werde das mittelamerikanische Land aus der Organisation ausgeschlossen. Zelaya will in den nächsten Tagen nach Honduras zurückkehren. Der Vorsitzende der OAS, José Miguel Insulza, sowie Zelayas Kollegen Cristina Kirchner aus Argentinien und Rafael Correa aus Ecuador boten ihm Geleitschutz an. Das könnte zu einem Showdown am Flughafen führen, denn die Putschregierung unter Robert Micheletti hat angekündigt, Zelaya verhaften zu lassen. Immerhin ist er von seinem Wunsch nach Wiederwahl abgerückt, der Auslöser des Putsches war.

In den Nachbarländern wächst die Sorge, das honduranische Beispiel könnte

Schule machen. In einer Umfrage der größten Zeitung Guatemalas, *Prensa Libre*, äußerten 50 Prozent Sorge um die Demokratie. Das Blatt druckte eine Karikatur, die den Präsidenten Guatemalas, Álvaro Colom, vor einer Abordnung Soldaten zeigt. „Kommen Sie ja nicht auf dumme Gedanken“, mahnt er. Colom ist ein Linker wie Zelaya, auch in El Salvador regiert ein Präsident, der von der Partei der Ex-Guerilla unterstützt wird. Nach Meinung der mexikanischen Analytistin Yetlaneci Alcaraz zeigt „die sofortige, einhellige Verurteilung des Putsches, dass Sorge vor Nachahmung besteht“.

Demokratie und Wirtschaft fast aller mittelamerikanischen Länder sind instabil, sie haben die Folgen der Bürgerkriege des 20. Jahrhunderts noch nicht überwunden. Überall grassieren Gewalt und Korruption, kleine, konservative Machteliten geben den Ton an, die vor allem am Eigennutz interessiert sind. Mit solchen hatte der Präsident von Honduras sich

angelegt. Vom Liberalen hatte er sich zum Linken gewandelt und sich mit dem Sprachrohr Hugo Chávez verbündet. Vom Präsidenten Venezuelas ließ Zelaya sich auch zum Referendum über eine Verfassungsänderung inspirieren, die seine Wiederwahl ermöglichen sollte. Anders als Chávez hatte Zelaya aber keine

In den Nachbarländern wächst die Sorge, der Umsturz könnte Nachahmer finden.

Machtbasis in seinem Land, er sei ein sehr einsamer Präsident gewesen, sagt Sergio Ramírez, Schriftsteller und früherer Vizepräsident Nicaraguas.

Gerade in dem Nachbarland gibt es kaum verhohlene Sympathie für die Putschisten, weil Präsident Daniel Ortega ähnliche diktatorische Anwandlungen nachgesagt werden wie Zelaya. „Bevölke-

rungen wie die Nicaraguas könnten feststellen, dass es sehr schwierig ist, den Autoritarismus der Regierungen wie der Ortegas auf traditionelle Weise abzuschütteln“, sagt Douglas Carcache, leitender Redakteur der konservativen Zeitung *La Prensa*. Der Putsch gegen Zelaya sei der Versuch gewesen, „die Verfassung zu schützen“. Das Militär wird in Nicaragua aber sicher nicht gegen den Linken Ortega putschen, weil es in der Tradition der sandinistischen Revolution steht.

Der Sprecher der mächtigen Agrarlobby Guatemalas, Carlos Zúñiga, ein typischer Vertreter der Oligarchie, rechtfertigt den Putsch in Honduras in *Prensa Libre*. Zelaya brauche sich nicht zu wundern, er habe das Gesetz gebrochen. Der guatemaltekeische Analyst Martín Rodríguez von der Madrider Denkfabrik Fríde, nennt solche Ansichten „besorgniserregend“. Allerdings gebe es einen Unterschied zu früher: Die USA würden solche Putsche nicht mehr unterstützen.